

NRW / Krefeld

WIDERSTAND

Fridays for Future setzt Schwerpunkt der Aktionen auf geplanten Surfpark

13. März 2022 um 17:25 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Die Animation zeigt den Blick von Norden auf den Surfpark. Foto: KAUTH VONBUCH ARCHITEKTEN KREFELD

Krefeld. Die Umwelt-Aktivisten haben rund um das Großprojekt eine Menge Gesprächsbedarf

Von Valeska Ridzewski

Die Fridays-for-Future-Bewegung in Krefeld hat in den vergangenen Wochen durch ihren starken Widerstand gegen den geplanten Surfpark am Elfrather See an Bedeutung für Krefelds Kommunalpolitik gewonnen. Doch was planen die Krefelder Klimaaktivisten sonst für dieses Jahr? Und ist bei der Surfpark-Debatte bereits das letzte Wort gesprochen worden?

„Unser nächstes Vorhaben ist die Realisierung des globalen Streiks am 25. März, für den wir bereits fleißig im Hintergrund planen“, sagte Björna Althoff, Sprecherin der Krefelder Fridays-for-Future-Gruppe. Man könne aber jetzt schon sagen, dass es sich um eine Fahrraddemo handeln wird.

Man plane zurzeit, zum Ort des geplanten Surfparks zu fahren, um den globalen Streik mit dem kommunalen Thema des Bauvorhabens am Elfrather See zu verbinden. „Da die Corona-Maßnahmen zum Zeitpunkt der Demo größtenteils aufgehoben sein werden, erwarten wir eine große Beteiligung. Allerdings haben wir generell die Erfahrung gemacht, dass zu Fahrraddemonstrationen weniger Menschen kommen. Wir wollen trotzdem an dem Plan einer Fahrraddemo festhalten, da so auch ein Hygienekonzept leichter durchzusetzen ist.“

Das Thema des globalen Streiks ist „people not profit“. „Es geht um die Zukunft der Menschen und nicht um die Zukunft der Profitmache der Unternehmen“, erklärte die Aktivistin.

Frist für Einwände gegen Surfpark

Offenlage Für 30 Millionen Euro beabsichtigt das Unternehmen Elakari eine Outdoor-Surfanlage mit Gastronomie- und Freizeitangeboten am Elfrather See bis 2024 zu errichten. Wird der Surfpark realisiert, werden die Arbeiten um den Jahreswechsel beginnen können, die Eröffnung ist für Sommer 2024 geplant. Aktuell liegen die Pläne für das Projekt öffentlich zur Einsicht aus. Bis zum 18. März können Einwände und Bedenken vorgebracht werden. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch aus anderen Städten, können zu der Planung Stellung nehmen – unabhängig davon, ob die Planung insgesamt oder einzelne Aspekte/Auswirkungen kritisch gesehen werden („Bedenken“), ob Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden oder ob die Planung unterstützt wird. Stellungnahmen können auf verschiedene Weise eingebracht werden, eine bestimmte Form ist im Baugesetzbuch nicht vorgesehen. Die üblichsten Formen sind schriftliche Stellungnahmen per Brief an die Stadt Krefeld (vorzugsweise an: Stadt Krefeld, Fachbereich Stadt- und Verkehrsplanung, Parkstraße 10, 47829 Krefeld) oder per E-Mail an die Stadt Krefeld (vorzugsweise an: fb61@krefeld.de). Die Kontaktdaten sind auch auf den „Offenlageseiten“ auf der Internetseite der Stadt Krefeld zu finden (www.krefeld.de/bauleitplanverfahren -> B-Plan 836 (V) bzw. 8. Änderung des FNP).

Kooperation mit den Christians for Future scheint möglich

Vor Kurzem hat sich auch eine Christians-for-Future-Gruppe in Krefeld gegründet, man hätte sich schon gegenseitig ausgetauscht. „Generell distanzieren wir uns aber davon, eine Glaubensrichtung einzuschlagen. Wir lehnen es aber nicht ab, mit ihnen zu kooperieren. Sie werden am 25. März auch mit dabei sein“, teilte Althoff mit.

Das Thema Surfpark steht ganz oben auf der Agenda der Klimaaktivisten. „Es werden noch weitere bedeutende Aktionen und Veranstaltungen gegen den Surfpark geplant, die wir aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht veröffentlichen können“, so Althoff.

„Im Zuge dessen haben wir schon vor einiger Zeit Fragen zu den Problemen des veröffentlichten Umweltgutachtens an die Verwaltung gestellt und noch immer keine Antwort erhalten, obwohl die Verwaltung eigentlich nach mindestens drei Wochen antworten müsste. Wir wollen klare Antworten von der Stadt erhalten, damit die Bürger noch mal eine Chance haben, sich eine Meinung zum Surfpark zu bilden“, sagte Althoff. Man habe sich ganz bewusst in seiner Kritik an das Thema Klima gehalten und nicht noch genauso kontroverse Themen wie den Artenschutz und das potenzielle Verkehrsaufkommen mit eingebracht.

„Bei unserer Kritik geht es klar darum, dass wichtige Aspekte im Zusammenhang mit der Umwelt beim Surfpark nicht genug beleuchtet und erklärt wurden, das ist auch ein juristisches Problem.“ Fridays for Future Krefeld bezieht sich dabei in seiner Stellungnahme auf die Bemühungen der Bundesregierung, den Energieverbrauch in den nächsten Jahren zu senken. In der Stellungnahme heißt es unter anderem, dass die Krefelder Verwaltung ein „Negativbeispiel“ für den Klimaschutz sei und dass es bei der Eindämmung der Erderwärmung auf anderthalb oder zwei Grad „keine Energie-Puffer für neue Energie intensive Luxushobby-Einrichtungen“ gäbe. Das ganze Projekt wäre ein „exzessiver Energieverbrauch zugunsten weniger“.

Björna Althoff übt Kritik an dem vermeintlichen Zurückhalten wichtiger Informationen, die das Bauvorhaben beeinflussen könnten. „Der Umweltbericht zum Beispiel geht nur geringfügig auf den Energieverbrauch des Parks ein“, merkt sie an. „Das haben wir stark angekreidet. Wir hoffen, dass unsere anhaltende Kritik dazu führt, dass ein neuer Umweltbericht verfasst werden muss und dass dieser dann auch wieder offengelegt werden muss. Wir werden noch viel Power gegen den Surfpark vorbringen“, kündigte die Sprecherin an. „Gleichzeitig versuche ich auch, in meiner Doppelfunktion für Fridays for Future und als Ratsfrau den Klimaschutz voranzutreiben, da sind gerade vier Anliegen in Bearbeitung. Das globale und kommunale Streiken geht Hand in Hand“, bekräftigte die Aktivistin und Ratsfrau.
